

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport
Land Brandenburg

Vorläufiger Rahmenlehrplan

für den Unterricht in der
gymnasialen Oberstufe im
Land Brandenburg



Politische Bildung

IMPRESSUM

Erarbeitung

Dieser Vorläufige Rahmenlehrplan wurde vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) erarbeitet.

Herausgeber

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Gültigkeit des Vorläufigen Rahmenlehrplans

Gültig ab 1. August 2011

Der Vorläufige Rahmenlehrplan ist ab dem Schuljahr 2011/2012 Grundlage für die Erarbeitung des schulinternen Curriculums. Er gilt für alle Schülerinnen und Schüler, die ab dem Schuljahr 2012/2013 in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe eintreten oder diese aus anderen Gründen beginnen.

Rahmenlehrplannummer

402011.11

1. Auflage 2011

Dieses Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Der Herausgeber behält sich alle Rechte einschließlich Übersetzung, Nachdruck und Vervielfältigung des Werkes vor. Kein Teil des Werkes darf ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Dieses Verbot gilt nicht für die Verwendung dieses Werkes für Zwecke der Schulen und ihrer Gremien.

Inhaltsverzeichnis

Einführungsphase an der Gesamtschule und am beruflichen Gymnasium V

Kerncurriculum für die Qualifikationsphase

1	Bildung und Erziehung in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe	5
1.1	Grundsätze	5
1.2	Lernen und Unterricht.....	6
1.3	Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung	7
2	Beitrag des Faches Politische Bildung zum Kompetenzerwerb	9
2.1	Fachprofil	9
2.2	Fachbezogene Kompetenzen.....	9
3	Eingangsvoraussetzungen und abschlussorientierte Standards.....	12
3.1	Eingangsvoraussetzungen	12
3.2	Abschlussorientierte Standards.....	14
4	Kompetenzen und Inhalte.....	17
4.1	Demokratie.....	18
4.2	Wirtschaft.....	20
4.3	Gesellschaft	21
4.4	Internationale Politik.....	22

Ergänzungen

5	Kurshalbjahre	23
---	---------------------	----

Einführungsphase an der Gesamtschule und am beruflichen Gymnasium

Zielsetzung

Im Unterricht der Einführungsphase vertiefen und erweitern die Schülerinnen und Schüler die in der Sekundarstufe I erworbenen Kompetenzen und bereiten sich auf die Arbeit in der Qualifikationsphase vor. Spätestens am Ende der Einführungsphase erreichen sie die für ein erfolgreiches Lernen in der Qualifikationsphase notwendigen Voraussetzungen.

Die für die Qualifikationsphase beschriebenen Grundsätze für Unterricht und Erziehung sowie die Ausführungen zum Beitrag des Faches zum Kompetenzerwerb gelten für die Einführungsphase entsprechend. Die Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, Stärken weiterzuentwickeln und Defizite auszugleichen. Sie vertiefen bzw. erwerben fachbezogen und fachübergreifend Grundlagen für wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und bewältigen zunehmend komplexe Aufgabenstellungen selbstständig. Hierzu gehören auch die angemessene Verwendung der Sprache und die Nutzung von funktionalen Lesestrategien. Dabei wenden sie fachliche und methodische Kenntnisse und Fertigkeiten mit wachsender Sicherheit selbstständig an.

Zur Vorbereitung auf die Arbeit in der jeweiligen Kursform erhalten sie individuelle Lernspielräume und werden von ihren Lehrkräften unterstützt und beraten. Notwendig ist darüber hinaus das Hinführen zur schriftlichen Bearbeitung umfangreicherer Aufgaben im Hinblick auf die Klausuren in der gymnasialen Oberstufe.

In der Einführungsphase kommen Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Kenntnissen und Fähigkeiten zusammen. Aufgabe des Unterrichts der Einführungsphase ist es, das im Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I formulierte Drei-Schlüssel-Niveau zu erreichen. Je nach Interessen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler werden fachspezifische Verfahren, Techniken und Strategien im Hinblick auf die Anforderungen des Kurses vertieft, indem z. B. binnendifferenziert gearbeitet und dabei die Herausbildung größerer Lernerautonomie gefördert wird.

1 Bildung und Erziehung in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe

1.1 Grundsätze

In der Qualifikationsphase erweitern und vertiefen die Schülerinnen und Schüler ihre bis dahin erworbenen Kompetenzen mit dem Ziel, sich auf die Anforderungen eines Hochschulstudiums oder einer beruflichen Ausbildung vorzubereiten. Sie handeln zunehmend selbstständig und übernehmen Verantwortung in gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen. Die Grundlagen für das Zusammenleben und -arbeiten in einer demokratischen Gesellschaft und für das friedliche Zusammenleben der Völker sind ihnen vertraut. Die Lernenden erweitern ihre interkulturelle Kompetenz und bringen sich im Dialog und in der Kooperation mit Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung aktiv und gestaltend ein. Eigene und gesellschaftliche Perspektiven werden von ihnen zunehmend sachgerecht eingeschätzt. Die Lernenden übernehmen Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen, für die Gleichberechtigung der Menschen ungeachtet des Geschlechts, der Abstammung, der Sprache, der Herkunft, einer Behinderung, der religiösen und politischen Anschauungen, der sexuellen Identität und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung. Im Dialog zwischen den Generationen nehmen sie eine aktive Rolle ein. Sie setzen sich mit wissenschaftlichen, technischen, rechtlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen auseinander, nutzen deren Möglichkeiten und schätzen Handlungsspielräume, Perspektiven und Folgen zunehmend sachgerecht ein. Sie gestalten Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen mit und eröffnen sich somit vielfältige Handlungsalternativen.

Der beschleunigte Wandel einer von Globalisierung geprägten Welt erfordert ein dynamisches Modell des Kompetenzerwerbs, das auf lebenslanges Lernen und die Bewältigung vielfältiger Herausforderungen im Alltags- und Berufsleben ausgerichtet ist. Hierzu durchdringen die Schülerinnen und Schüler zentrale Zusammenhänge grundlegender Wissensbereiche, erkennen die Funktion und Bedeutung vielseitiger Erfahrungen und lernen, vorhandene sowie neu erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten miteinander zu verknüpfen. Die Lernenden entwickeln ihre Fähigkeiten im Umgang mit Sprache und Wissen weiter und setzen sie zunehmend situationsangemessen, zielorientiert und adressatengerecht ein.

Kompetenzerwerb

Die Eingangsvoraussetzungen verdeutlichen den Stand der Kompetenzentwicklung, den die Lernenden beim Eintritt in die Qualifikationsphase erreicht haben sollten. Mit entsprechender Eigeninitiative und gezielter Förderung können auch Schülerinnen und Schüler die Qualifikationsphase erfolgreich absolvieren, die die Eingangsvoraussetzungen zu Beginn der Qualifikationsphase noch nicht im vollen Umfang erreicht haben.

Standardorientierung

Mit den abschlussorientierten Standards wird verdeutlicht, über welche fachlichen und überfachlichen Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler im Abitur verfügen müssen. Die Standards bieten damit Lernenden und Lehrenden Orientierung für erfolgreiches Handeln und bilden einen wesentlichen Bezugspunkt für die Unterrichtsgestaltung, für das Entwickeln von Konzepten zur individuellen Förderung sowie für ergebnisorientierte Beratungsgespräche.

Für die Kompetenzentwicklung sind zentrale Themenfelder und Inhalte von Relevanz, die sich auf die Kernbereiche der jeweiligen Fächer konzentrieren und sowohl fachspezifische als auch überfachliche Zielsetzungen deutlich werden lassen. So erhalten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit zum exemplarischen Lernen und zum Erwerb einer vertieften und erweiterten allgemeinen sowie wissenschaftspropädeutischen Bildung. Dabei wird stets der Bezug zur Erfahrungswelt der Ler-

Themenfelder und Inhalte

nenden und zu den Herausforderungen an die heutige sowie perspektivisch an die zukünftige Gesellschaft hergestellt.

Die Schülerinnen und Schüler entfalten anschlussfähiges und vernetztes Denken und Handeln als Grundlage für lebenslanges Lernen, wenn sie die in einem Lernprozess erworbenen Kompetenzen auf neue Lernbereiche übertragen und für eigene Ziele und Anforderungen in Schule, Studium, Beruf und Alltag nutzbar machen können.

Diesen Erfordernissen trägt das Kerncurriculum durch die Auswahl der Themenfelder und Inhalte Rechnung, bei der nicht nur die Systematik des Faches, sondern vor allem der Beitrag zum Kompetenzerwerb berücksichtigt werden.

Schulinternes Curriculum

Das Kerncurriculum ist die verbindliche Basis für die Gestaltung des schulinternen Curriculums, in dem der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule standortspezifisch konkretisiert wird. Dazu werden fachbezogene, fachübergreifende und fächerverbindende Entwicklungsschwerpunkte sowie profilbildende Maßnahmen festgelegt.

Die Kooperation innerhalb der einzelnen Fachbereiche ist dabei von ebenso großer Bedeutung wie fachübergreifende Absprachen und Vereinbarungen. Beim Erstellen des schulinternen Curriculums werden regionale und schulspezifische Besonderheiten sowie die Neigungen und Interessenlagen der Lernenden einbezogen. Dabei arbeiten alle an der Schule Beteiligten zusammen und nutzen auch die Anregungen und Kooperationsangebote externer Partner.

Zusammen mit dem Kerncurriculum nutzt die Schule das schulinterne Curriculum als ein prozessorientiertes Steuerungsinstrument im Rahmen von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung. Im schulinternen Curriculum werden überprüfbare Ziele formuliert, die die Grundlage für eine effektive Evaluation des Lernens und des Unterrichts in der Qualifikationsphase bilden.

1.2 Lernen und Unterricht

Mitverantwortung und Mitgestaltung von Unterricht

Lernen und Lehren in der Qualifikationsphase müssen dem besonderen Entwicklungsabschnitt Rechnung tragen, in dem die Jugendlichen zu jungen Erwachsenen werden. Dies geschieht vor allem dadurch, dass die Lernenden Verantwortung für den Lernprozess und den Lernerfolg übernehmen und sowohl den Unterricht als auch das eigene Lernen aktiv selbst gestalten.

Lernen als individueller Prozess

Beim Lernen konstruiert jede Einzelne/jeder Einzelne ein für sich selbst bedeutsames Abbild der Wirklichkeit auf der Grundlage ihres/seines individuellen Wissens und Könnens sowie ihrer/seiner Erfahrungen und Einstellungen.

Dieser Tatsache wird durch eine Lernkultur Rechnung getragen, in der sich die Schülerinnen und Schüler ihrer eigenen Lernwege bewusst werden, diese weiterentwickeln sowie unterschiedliche Lösungen reflektieren und selbstständig Entscheidungen treffen. So wird lebenslanges Lernen angebahnt und die Grundlage für motiviertes, durch Neugier und Interesse geprägtes Handeln ermöglicht. Fehler und Umwege werden dabei als bedeutsame Bestandteile von Erfahrungs- und Lernprozessen angesehen.

Phasen des Anwendens

Neben der Auseinandersetzung mit dem Neuen sind Phasen des Anwendens, des Übens, des Systematisierens sowie des Vertiefens und Festigens für erfolgreiches Lernen von großer Bedeutung. Solche Lernphasen ermöglichen auch die gemeinsame Suche nach Anwendungen für neu erworbenes Wissen und verlangen eine variantenreiche Gestaltung im Hinblick auf Übungssituationen, in denen vielfältige Methoden und Medien zum Einsatz gelangen.

Lernumgebung

Lernumgebungen werden so gestaltet, dass sie das selbst gesteuerte Lernen von Schülerinnen und Schülern fördern. Sie unterstützen durch den Einsatz von Medien

sowie zeitgemäßer Kommunikations- und Informationstechnik sowohl die Differenzierung individueller Lernprozesse als auch das kooperative Lernen. Dies trifft sowohl auf die Nutzung von multimedialen und netzbasierten Lernarrangements als auch auf den produktiven Umgang mit Medien zu. Moderne Lernumgebungen ermöglichen es den Lernenden, eigene Lern- und Arbeitsziele zu formulieren und zu verwirklichen sowie eigene Arbeitsergebnisse auszuwerten und zu nutzen.

Die Integration geschlechtsspezifischer Perspektiven in den Unterricht fördert die Wahrnehmung und Stärkung der Lernenden mit ihrer Unterschiedlichkeit und Individualität. Sie unterstützt die Verwirklichung von gleichberechtigten Lebensperspektiven. Die Schülerinnen und Schüler werden bestärkt, unabhängig von tradierten Rollenfestlegungen Entscheidungen über ihre berufliche und persönliche Lebensplanung zu treffen.

Gleichberechtigung von Mann und Frau

Durch fachübergreifendes Lernen werden Inhalte und Themenfelder in größerem Kontext erfasst, außerfachliche Bezüge hergestellt und gesellschaftlich relevante Aufgaben verdeutlicht. Die Vorbereitung und Durchführung von fächerverbindenden Unterrichtsvorhaben und Projekten fördern die Zusammenarbeit der Lehrkräfte und ermöglichen allen Beteiligten eine multiperspektivische Wahrnehmung.

Fachübergreifendes und fächerverbindendes Lernen

Im Rahmen von Projekten, an deren Planung und Organisation sich die Schülerinnen und Schüler aktiv beteiligen, werden über Fächergrenzen hinaus Lernprozesse vollzogen und Lernprodukte erstellt. Dabei nutzen Lernende überfachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten auch zum Dokumentieren und Präsentieren. Auf diese Weise bereiten sie sich auf das Studium und ihre spätere Berufstätigkeit vor.

Projektarbeit

Außerhalb der Schule gesammelte Erfahrungen, Kenntnisse und erworbene Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler werden in die Unterrichtsarbeit einbezogen. Zur Vermittlung solcher Erfahrungen werden ebenso die Angebote außerschulischer Lernorte, kultureller oder wissenschaftlicher Einrichtungen sowie staatlicher und privater Institutionen genutzt. Die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, an Auslandsaufenthalten und internationalen Begegnungen hat ebenfalls eine wichtige Funktion; sie erweitert den Erfahrungshorizont der Schülerinnen und Schüler und trägt zur Stärkung ihrer interkulturellen Handlungsfähigkeit bei.

Einbeziehung außerschulischer Erfahrungen

1.3 Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung

Wichtig für die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler ist eine individuelle Beratung, die die Stärken der Lernenden aufgreift und Lernergebnisse nutzt, um Lernfortschritte auf der Grundlage nachvollziehbarer Anforderungs- und Bewertungskriterien zu beschreiben und zu fördern.

So lernen die Schülerinnen und Schüler, ihre eigenen Stärken und Schwächen sowie die Qualität ihrer Leistungen realistisch einzuschätzen und kritische Rückmeldungen und Beratung als Chance für die persönliche Weiterentwicklung zu verstehen. Sie lernen außerdem, anderen Menschen faire und sachliche Rückmeldungen zu geben, die für eine produktive Zusammenarbeit und ein erfolgreiches Handeln unerlässlich sind.

Die Anforderungen in Aufgabenstellungen orientieren sich im Verlauf der Qualifikationsphase zunehmend an der Vertiefung von Kompetenzen und den im Kerncurriculum beschriebenen abschlussorientierten Standards sowie an den Aufgabenformen und der Dauer der Abiturprüfung. Die Aufgabenstellungen sind so offen, dass sie von den Lernenden eine eigene Gestaltungsleistung abverlangen. Die von den Schülerinnen und Schülern geforderten Leistungen orientieren sich an lebens- und arbeitsweltbezogenen Textformaten und Aufgabenstellungen, die einen Beitrag zur Vorbereitung der Lernenden auf ihr Studium und ihre spätere berufliche Tätigkeit liefern.

Aufgabenstellungen

Schriftliche Leistungen

Neben den Klausuren fördern umfangreichere schriftliche Arbeiten in besonderer Weise bewusstes methodisches Vorgehen und motivieren zu eigenständigem Lernen und Forschen.

Mündliche Leistungen

Auch den mündlichen Leistungen kommt eine große Bedeutung zu. In Gruppen und einzeln erhalten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, ihre Fähigkeit zum reflektierten und sachlichen Diskurs und Vortrag und zum mediengestützten Präsentieren von Ergebnissen unter Beweis zu stellen.

Praktische Leistungen

Praktische Leistungen können in allen Fächern eigenständig oder im Zusammenhang mit mündlichen oder schriftlichen Leistungen erbracht werden. Die Schülerinnen und Schüler erhalten so die Gelegenheit, Lernprodukte selbstständig allein und in Gruppen herzustellen und wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

2 Beitrag des Faches Politische Bildung zum Kompetenzerwerb

2.1 Fachprofil

In einer Demokratie gehört es zu den Bildungsaufgaben der Schule, die Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme am öffentlichen Leben zu befähigen. Mit dem Unterrichtsfach Politische Bildung fördert die Schule bei jungen Menschen jene Kompetenzen, die sie benötigen, um sich in der Gesellschaft angemessen zu orientieren, politische Probleme zu analysieren, auf einer demokratischen Grundlage reflektiert zu urteilen und sich in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren. Die Zielperspektive Politischer Bildung lässt sich somit als Entwicklung **politischer Mündigkeit** bezeichnen.

2.2 Fachbezogene Kompetenzen

Die Entwicklung politischer Mündigkeit betrifft im Unterrichtsfach Politische Bildung drei zentrale, einander bedingende Kompetenzbereiche, die den Erwerb konzeptuellen Deutungswissens der Politischen Bildung zur Voraussetzung haben:

Kompetenzbereiche der Politischen Bildung

<p>Politische Urteilsfähigkeit</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen.</p>	<p>Politische Handlungsfähigkeit</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können ihre Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen.</p>
<p>Methodische Fähigkeiten</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können sich selbstständig zu Problemen aktueller Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen informieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren.</p>	
<p>Konzeptuelles Deutungswissen</p>	

Konzeptuelles Deutungswissen

Konzeptuelles Deutungswissen hat kategorialen und instrumentellen Charakter und hilft den Schülerinnen und Schülern, politische und gesellschaftliche Phänomene wahrzunehmen, auszuwählen, zu interpretieren, zu strukturieren und zu bewerten. Konzeptuelles Deutungswissen beinhaltet grundlegende Konzepte, die für das Verstehen von Politik, Wirtschaft, Recht und Gesellschaft unverzichtbar sind, die den Schülerinnen und Schülern die Funktionen von Institutionen und Ordnungsmodellen erschließen sowie eine Einführung in die Denkweisen der Sozialwissenschaften leisten. So können die Schülerinnen und Schüler beispielsweise Beiträge der wirtschaftspolitischen Debatte mit kontroversen wirtschaftstheoretischen Konzeptionen in Verbindung bringen und die Erklärungskraft solcher Beiträge auch theoretisch reflektieren. Dabei ist es weniger wichtig, alle Details solcher Vorschläge zu erfassen, als vielmehr deren Ziele und mögliche Folgen zu erkennen und zu problematisieren. Deutungswissen ist somit mehr als Kenntnisse über Einzelaspekte des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, es ist notwendige Grundlage zum Aufbau von Kompetenzen.

Konzeptuelles Deutungswissen hat die Form mentaler Modelle. Es ermöglicht zum einen eine stärkere Systematisierung durch sogenannte Wissensknoten, die eine effizientere Informationsverarbeitung erlauben. Zum anderen ist Deutungswissen im Hinblick auf wechselnde Frage- und Problemstellungen flexibler abrufbar.

Anknüpfend an dieses Verständnis umfasst das Kerncurriculum für das Fach Politische Bildung solche Inhalte, in deren Vordergrund Begriffe, Theorien und Modelle stehen, die Grundlage für eine vertiefte wissenschaftspropädeutische Auseinandersetzung mit politischen Problemen sind und schuleigene Schwerpunktsetzungen erlauben.

Die Auswahl der Inhalte erfolgt nach den mit ihnen gegebenen Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs. Sie berücksichtigt die in den „Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung“ (EPA) vorgegebenen Inhalts- und Problemfelder und baut auf den Inhalten des Rahmenlehrplans für die Sekundarstufe I auf.

Politische Urteilsfähigkeit

Unter politischer Urteilsfähigkeit versteht man die Kompetenz, politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten erfassen, analysieren und reflektiert beurteilen zu können. Die Kompetenzentwicklung im Bereich politischen Urteilens ist die zentrale Aufgabe des Unterrichtsfachs Politische Bildung. Zu den Qualitätsmerkmalen des Unterrichts gehört, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Meinungen und ihr Urteil frei entfalten, begründen und zur Diskussion stellen können. Die Prinzipien des „Beutelsbacher Konsenses“ gelten im Fach als generell akzeptiert, insbesondere das Verbot, die Schülerinnen und Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überwältigen, und das Gebot, Kontroversen aus Wissenschaft und Politik ebenso kontrovers im Unterricht zu behandeln.

Die Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit bezieht sich auf drei Teilbereiche:

- erstens auf die Fähigkeit, politische Informationen und Aussagen ihrer Bedeutung nach zu erkennen, einzelne Aspekte zu identifizieren und strukturiert wiedergeben zu können,
- zweitens darauf, Aspekte und Eigenschaften herauszustellen, Hintergründe und Beziehungen herauszuarbeiten und Implikationen aufzudecken sowie Vergleiche mit ähnlichen Situationen vorzunehmen. Sachverhalte sind einzuordnen, Aussagen zu überprüfen, verschiedene Perspektiven zu betrachten, Schlussfolgerungen zu ziehen, Alternativen abzuwägen und Sichtweisen zu kontrastieren,
- drittens bezieht sich die politische Urteilsfähigkeit auf das Urteilen selbst. Das politische Urteil ist das selbstständige, methodenbewusste, reflektierte und bewertende Einnehmen einer Position sowie das differenzierte Argumentieren mit politischen Kategorien, sozialwissenschaftlichen Ergebnissen und demokratischen Grundwerten bei der Begründung der eigenen Position. Beim politischen Urteilen geht es um das Bewerten von Sachverhalten, das Entwickeln von Handlungsvorschlägen, das Auswählen von Handlungsalternativen sowie letztlich um die Frage verantwortbarer Entscheidungen unter Berücksichtigung ihrer Folgen.

Politische Handlungsfähigkeit

In der Politischen Bildung werden Fähigkeiten für die Teilnahme an der politischen Öffentlichkeit, z. B. an der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung, an sozialen und politischen Initiativen sowie am Wirtschaftsleben entwickelt und trainiert. Das beinhaltet die Fähigkeit zur sozialen Perspektivenübernahme, d. h. zur Wahrnehmung und Berücksichtigung der Perspektiven anderer sowie die Fähigkeit zur Vermittlung eigener Interessen in Auseinandersetzung mit den Interessen Nahe- und Fernstehender. Interessenkonflikte sollen diskursiv geregelt und bewältigt werden. Dazu gehört auch, mit kulturellen, sozialen und geschlechtsspezifischen Unterschieden reflektiert umgehen zu können. Dies schließt Toleranz und Offenheit, aber zugleich auch die kritische Auseinandersetzung ein.

Ein Bestandteil politischer Handlungsfähigkeit ist Medienkompetenz, d. h. in diesem Zusammenhang die Fähigkeit, Medienbeiträge zu politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen vom Leserbrief über die Website bis zu komplexeren Medienprodukten adressatengerecht realisieren zu können.

Methodische Fähigkeiten

Methodische Fähigkeiten versetzen die Schülerinnen und Schüler in die Lage, sich selbstständig zu Problemen aktueller Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen zu informieren, sich politisch-gesellschaftliche Themen mit unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Methoden zu erschließen sowie das eigene Weiterlernen zu organisieren.

Ein großer Teil der methodischen Fähigkeiten und Sozialformen, die im Fach Politische Bildung benötigt werden, ist nicht ausschließlich fachbezogen, sondern auch für andere Fächer von Bedeutung. Dies gilt z. B. für Gruppen- und Partnerarbeit ebenso wie für die Analyse und das Anfertigen von Texten, Grafiken, Tabellen, Schaubildern und Karikaturen sowie für wissenschaftspropädeutische Fähigkeiten, vom Bibliografieren und Zitieren bis zu medienbezogenen Kompetenzen, insbesondere der aktiven Nutzung neuer Medien.

In der gymnasialen Oberstufe müssen vor allem sozialwissenschaftliche Methoden angemessen berücksichtigt werden. Dazu gehören z. B. Methoden der empirischen Sozialforschung wie Fallstudien, Interviews und Erhebungen, aber auch politische Debatten führen, leiten und mithilfe entsprechender Argumentationsverfahren beeinflussen zu können.

Zusammenhang der Kompetenzbereiche

Die Kompetenzbereiche der Politischen Bildung, einschließlich ihrer Grundlage des konzeptuellen Deutungswissens, stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern müssen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang gesehen werden:

Konzeptuelles Deutungswissen bildet die Voraussetzung für die Entwicklung von Kompetenzen, umgekehrt helfen die einzelnen Kompetenzen, konzeptuelles Deutungswissen zu erweitern und zu vertiefen. Der Unterricht trägt zur Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit bei. Die Schülerinnen und Schüler lernen, politische Urteile auf grundlegende Werte der Demokratie zu beziehen und auf systematisches, strukturiertes sowie handhabbares Wissen über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu stützen. Sie sind in der Lage, sich solches Wissen mithilfe unterschiedlicher, auch sozialwissenschaftlicher Methoden anzueignen und ihren weiteren Wissenserwerb selbstständig zu organisieren. Kompetenzzuwächse in der politischen Urteilsfähigkeit ergänzen und vertiefen das konzeptuelle Deutungswissen der Schülerinnen und Schüler, indem die bei der Urteilsbildung genutzten sozialwissenschaftlichen Theorien, Modelle und Kategorien in diesen Bereich integriert werden.

Ebenso können die Schülerinnen und Schüler ihre Kompetenzen im Bereich politischer Handlungsfähigkeit weiterentwickeln, wenn sie im Unterricht durch den Einsatz handlungsorientierter Methoden (z. B. Planspiele, Pro-Kontra-Debatten) Gelegenheit erhalten, ihre Positionen, Überzeugungen und Interessen zu formulieren und diese angemessen zu vertreten. Sie lernen, Entscheidungen zu treffen und Kompromisse einzugehen. Gleichzeitig gewinnen sie auf diese Weise Einsichten in die zentralen Funktionsbedingungen politischen Handelns, können diese besser verstehen und erweitern damit wieder ihr Deutungswissen. Kompetenzen in der Politischen Bildung werden also kumulativ erworben, d. h. in einem vernetzten Lernprozess.

3 Eingangsvoraussetzungen und abschlussorientierte Standards

3.1 Eingangsvoraussetzungen

Die Eingangsvoraussetzungen berücksichtigen den brandenburgischen Rahmenlehrplan Politische Bildung Sekundarstufe I und beziehen sich überwiegend auf Kompetenzen des Bereichs der politischen Urteilsfähigkeit. Darüber hinaus beschreiben die Eingangsvoraussetzungen methodische Fähigkeiten und Kompetenzen aus dem Bereich der politischen Handlungsfähigkeit. Neben ihrer Verbindung mit diesen Kompetenzbereichen sind die Eingangsvoraussetzungen mit den Themenfeldern des Rahmenlehrplans Politische Bildung Sekundarstufe I verknüpft.

Die Schülerinnen und Schüler

- erkennen grundlegende politische Probleme, unterscheiden zwischen konkurrierenden Interessen und erklären deren Einfluss im politischen Prozess,
- analysieren selbstständig politische Sachverhalte, Probleme, Entscheidungen und ihre Folgen,
- beurteilen Politik nach eigenen begründeten Maßstäben sowie nach Normen und Gestaltungsmöglichkeiten der Demokratie,
- analysieren und beurteilen Politik unter Einbeziehung zeitgeschichtlicher Aspekte,
- arbeiten kooperativ und produktorientiert,
- vertreten ihre Interessen diskursiv in aktiver Auseinandersetzung mit den Interessen und Gefühlen anderer Menschen,
- beschaffen sich über Massenmedien und neue Medien gezielt politische Informationen, wählen diese begründet aus und verarbeiten sie kritisch,
- bearbeiten politische Texte und werten Statistiken, Karten, Diagramme und Schaubilder aus,
- präsentieren erarbeitete Ergebnisse schriftlich und mündlich in einer fachlich angemessenen Form.

Demokratie

Die Schülerinnen und Schüler

- beschreiben die zentralen Prinzipien, Regeln und Entscheidungsverfahren der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland,
- erörtern die Merkmale direkter und repräsentativer Demokratie und erklären die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur,
- stellen den Entwicklungsprozess sowie die Ziele und Motive der Europäischen Union (EU) dar,
- beschreiben ein Problemfeld der EU,
- reflektieren die Stellung und Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bürgerinnen und Bürger in der EU.

Wirtschaft

Die Schülerinnen und Schüler

- beschreiben Grundlagen des Systems der sozialen Marktwirtschaft und diskutieren ihre Schwächen und Stärken,
- stellen die Interessen der zentralen wirtschaftspolitischen Akteure dar und beschreiben, nach welchen Regeln Interessenkonflikte ausgetragen werden,
- schätzen Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik (Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik) an Beispielen aus der Region ein und erörtern ihre Grenzen.

Gesellschaft

Die Schülerinnen und Schüler

- stellen wesentliche Elemente der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland dar und erläutern Besonderheiten der Sozialstruktur in ihrer Region,
- erklären Ursachen und Formen sozialer Ungleichheit und erläutern deren Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik.

Internationale Politik

Die Schülerinnen und Schüler

- analysieren internationale Konflikte und Konfliktregulierungen und erläutern gegenwärtige Konfliktpotenziale,
- erläutern Grundlagen und rechtliche Institutionen der internationalen Politik,
- diskutieren Möglichkeiten der militärischen und nicht militärischen Friedenssicherung.

3.2 Abschlussorientierte Standards

Die abschlussorientierten Standards entsprechen den inhaltlichen und methodischen Vorgaben der „Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik“ (EPA).

Am Ende der Qualifikationsphase verfügen die Schülerinnen und Schüler über erweiterte und vertiefte Kompetenzen in den Bereichen der politischen Urteilsfähigkeit, Handlungsfähigkeit und methodischer Fähigkeiten, die in den abschlussorientierten Standards konkretisiert werden. Diese sind in inhaltsübergreifende und inhaltsbezogene Standards gegliedert und bauen auf den Eingangsvoraussetzungen auf.

Inhaltsübergreifende Anforderungen

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – beschreiben politische Prozesse, ihre Grundlagen und Auswirkungen in den Themenfeldern Demokratie, Wirtschaft, Gesellschaft und Internationale Politik, – bringen konkurrierende Interessen im politischen Prozess mit sozialwissenschaftlichen Paradigmen, Theorien, Konzepten und Ideologien in Verbindung und erklären und problematisieren diese, – erklären und bewerten das Handeln wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Akteure, – beschreiben, analysieren und bewerten die Möglichkeiten und Verfahren politischer Partizipation auf den unterschiedlichen politischen Ebenen, – begründen ihr fachliches Urteil differenziert und vertreten es diskursiv unter Beachtung der grundlegenden demokratischen Regeln (Rollenspiel, Debatte), – recherchieren selbstständig politische Informationen in den verschiedenen Medien, werten sie aus und bewerten sie hinsichtlich ihrer Aussagequalität, – erläutern die Bedeutung von Massenmedien für die politische Kommunikation und Öffentlichkeit (mediale Inszenierung von Politik, Agenda-Setting), – gestalten Arbeitsprozesse verantwortlich und erbringen in variablen Arbeitsformen Arbeitsergebnisse, – beherrschen sozialwissenschaftliche Methoden (Szenariotechnik anwenden, Umfragen konzipieren und auswerten, Statistiken, Diagramme und Schaubilder analysieren und erstellen), – dokumentieren und präsentieren (u. a. computergestützt) Ergebnisse und Prozesse ihrer Unterrichtsarbeit, – gestalten politische Medienprodukte (z. B. Reden, Kommentare, Leserbriefe, Websites).

Demokratie

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – erläutern wesentliche Merkmale der bundesdeutschen Demokratie in ihrem Entstehungszusammenhang und führen die institutionellen Partizipationsrechte auf unterschiedliche Demokratiemodelle zurück, – erläutern beispielhaft den politischen Prozess der Bundesrepublik Deutschland und beurteilen die Partizipationschancen im Rahmen politischer Entscheidungen, – stellen den Prozess der europäischen Integration dar und diskutieren dessen Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation und das eigene Handeln, – erläutern Entscheidungen der EU und ihre Auswirkungen, – unterscheiden die Prozesse der Entscheidungsfindung auf der Ebene der EU von denen der nationalstaatlichen Ebene. 	<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – vergleichen demokratische, autoritäre und totalitäre politische Systeme und reflektieren kritisch die Auswirkungen der Herrschaft in diesen Systemen auf individuelle und kollektive Grund- und Menschenrechte, – bewerten den Wandel politischer Systeme anhand zeitgeschichtlicher Beispiele.

Wirtschaft

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – beziehen Beiträge der wirtschaftspolitischen Debatte auf wirtschaftstheoretische Konzeptionen, – überprüfen und beurteilen die Erklärungskraft der Konzeptionen, – erläutern die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten ausgewählter Akteure und problematisieren die Auswirkungen wirtschaftspolitischen Handelns, – diskutieren Handlungsmöglichkeiten zur nachhaltigen Bewältigung globaler Herausforderungen. 	<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – begründen wirtschaftliche Krisen mithilfe wirtschaftstheoretischer Konzepte, – erläutern und problematisieren die Wirksamkeit von Maßnahmen und Instrumenten staatlicher Wirtschaftsförderung anhand eines Beispiels, – erörtern die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten internationaler Akteure.

Gesellschaft

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – beschreiben Merkmale der sozialen Ungleichheit der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, – vergleichen und bewerten ausgewählte Theorien zur Entstehung sozialer Ungleichheit, – erläutern und diskutieren die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland mithilfe verschiedener Ansätze zur Beschreibung der Sozialstruktur, – erläutern Aspekte des sozialen Wandels und problematisieren seine Folgen, – erklären die Grundprinzipien der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland und erörtern aktuelle Herausforderungen der Sozialpolitik. 	<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – analysieren den sozialen Wandel der eigenen Region an verschiedenen Beispielen, – stellen ausgewählte Theorien des sozialen Wandels dar, vergleichen und bewerten sie hinsichtlich ihrer Erklärungskraft, – diskutieren unterschiedliche Ausprägungen des Sozialstaats in anderen Ländern.

Internationale Politik

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – beschreiben gegenwärtige Herausforderungen für die internationale Politik und diskutieren ihre Ursachen und Folgen, – erläutern die Interessen und das Handeln verschiedener Akteure der internationalen Politik im Kontext gegenwärtiger Herausforderungen, – beschreiben und beurteilen fallbezogen politische Handlungsspielräume und rechtliche Setzungen im internationalen System. 	<p>Die Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none"> – beschreiben und bewerten internationale Beziehungen mithilfe verschiedener Theorien, – entwickeln Szenarien für eine Welt von morgen.

4 Kompetenzen und Inhalte

Der Erwerb politischer Urteilsfähigkeit bedingt, dass die Schülerinnen und Schüler politische Probleme anhand bestehender Strukturen, Normen, Verfahren und Prozesse sowie der Auswirkungen politischen Handelns reflektieren und beurteilen. Sie verstehen, dass die Umsetzung politischer Ziele von verschiedenen politischen Kontexten abhängt. Die in den Themenfeldern ausgewiesenen Inhalte haben die Funktion, dass die Schülerinnen und Schüler die Bedingungen politischen Handelns in ihren verschiedenen Dimensionen mithilfe sozialwissenschaftlicher Theorien, Modelle und Methoden erschließen und beurteilen. Die Auswahl der Inhalte berücksichtigt hierbei die Vorkenntnisse und Gegenstandsbereiche der vorangegangenen Schulstufen und baut auf ihnen auf.

In der inhaltlichen Abfolge der Themenfelder bildet die vertiefte Beschäftigung mit Grundfragen der Demokratie und ihrer Umsetzung in verschiedenen politischen Systemen und Entscheidungsebenen den Ausgangspunkt für die Bearbeitung der folgenden Themenfelder. Demokratische Grundwerte, Regeln und Verfahren werden inhaltlich wieder aufgegriffen, wie auch die theoretischen Grundlagen des Themenfeldes Wirtschaft in den Themenfeldern des 3. und 4. Kurshalbjahres von Bedeutung sind. Die Reihenfolge der Themenfelder ist verbindlich.

Die Themenfelder sind in Inhaltsbereiche gegliedert, in denen die verschiedenen Dimensionen von Politik (polity, politics, policy) sichtbar werden. Die Inhaltsbereiche können frei miteinander verbunden werden; Verbindungen zu anderen Themenfeldern sind herzustellen.

Die Inhalte der Themenfelder sind in der linken Tabellenspalte für den Kurs auf dem grundlegenden Anforderungsniveau sowie den Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau aufgeführt. Im Unterricht des Kurses auf dem erhöhten Anforderungsniveau werden diese Inhalte umfassender und tiefer behandelt. Die Inhalte der rechten Tabellenspalte gelten für den Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau und erweitern die Inhalte der linken Spalte. Der Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, politische Entscheidungen, Konflikte, Akteure und ihr Handeln am Fallbeispiel genauer zu untersuchen und zu beurteilen. Neben eigenen empirischen Untersuchungen und ihrer Präsentation werden auf dem erhöhten Anforderungsniveau die Inhalte in einem größerem Maße theoretisch vertieft und auch zeitgeschichtliche Aspekte einbezogen.

Die Inhalte sind so dimensioniert, dass sie in der verfügbaren Unterrichtszeit erarbeitet werden können und Raum für schulinterne Schwerpunktsetzungen und Erweiterungen verbleibt: So ist es möglich, die Fallbeispiele politischer Entscheidungen, Beispiele für Sozialpolitik oder die Herausforderungen internationaler Politik im Bereich des Umweltschutzes, unter Beachtung der für den Unterricht der Politischen Bildung gültigen Prinzipien, auszuwählen. Für die Kurse auf beiden Anforderungsniveaus gilt, dass die Schülerinnen und Schüler fachliche Kenntnisse im Zusammenhang mit den fachbezogenen Kompetenzen erwerben. Die im Kerncurriculum aufgeführten Inhalte sind deshalb – themenfeldspezifisch – unmittelbar mit den abschlussbezogenen Standards verknüpft.

Während der vier Kurshalbjahre der Qualifikationsphase sollen im Unterricht der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer außerschulische Lernorte besucht werden. Zeit, Ort und inhaltliche Ausrichtung dieser Besuche sind im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld abzustimmen.

4.1 Demokratie

Die im Grundgesetz verankerte Demokratie der Bundesrepublik Deutschland ist das Ergebnis historischer Erfahrungen und ideengeschichtlicher Grundlagen. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten diese Kontexte anhand der das Grundgesetz und unsere politische Ordnung prägenden Regelungen und für das Verständnis des Grundgesetzes bedeutsamer Demokratietheorien. Sie können einschätzen, dass Unterschiede zwischen den demokratischen Idealen und der realen Demokratie bestehen, und sind in der Lage, unterschiedliche Partizipationsmöglichkeiten auf ausgewählte demokratietheoretische Konzepte zurückzuführen.

Im Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau vergleichen Schülerinnen und Schüler vertieft politische Systeme im Hinblick auf demokratische, totalitäre und autoritäre Machtstrukturen. Dabei bildet die Chance der Durchsetzung von Grund- und Menschenrechten den Schwerpunkt der Beurteilung und eigener Bewertungen.

Zum Verständnis des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland gehört, dass gegenwärtige Herausforderungen der Demokratie eine stets neu zu schaffende, demokratiekompetente Bürgerschaftlichkeit erfordern und politische Entscheidungen in den unterschiedlichen Phasen politischer Prozesse beeinflusst werden können. Die Schülerinnen und Schüler können erklären, wie bestimmte Themen auf die politische Tagesordnung gesetzt, entschieden und politisch umgesetzt werden. Sie können beurteilen, wie politische Partizipation im Rahmen politischer Prozesse stattfindet und gestaltet werden kann.

Der zunehmende Einfluss von auf der EU-Ebene getroffenen politischen Entscheidungen auf nationale Bereiche begründet die Erweiterung des Themenfeldes um den Aspekt der Europäischen Union. Die Schülerinnen und Schüler lernen, die Ausgestaltung der europäischen Demokratie einerseits auf den Prozess der europäischen Integration zurückzuführen, andererseits können sie politische Entscheidungen der Europäischen Union erklären und bewerten sowie politische Handlungsspielräume innerhalb dieser Entscheidungsprozesse ergründen. Bedeutsamkeit erlangt dabei die Betrachtung der unterschiedlichen Interessen der europäischen Akteure und der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen und Ziele europäischer Politik. Die Schülerinnen und Schüler diskutieren auch, was Europa konkret für ihre eigene Lebenssituation und ihr persönliches Handeln bedeutet.

Im Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau erfolgt eine tiefere Auseinandersetzung mit Fragen des Wandels politischer Systeme. Hierbei ist z. B. auf den Einfluss der Studentenbewegung von 1968 und die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik einzugehen. In Bezug auf die Untersuchung und Bewertung politischer Systeme werden beispielhaft auch politische Umbrüche seit 1989 thematisiert.

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Grundgesetz und politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsorgane, Parteien, Wahlen, politische Partizipation</p> <p>Demokratiethorien direkte Demokratie repräsentative Demokratie</p> <p>Politischer Prozess und politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland Fallbeispiel politischer Entscheidungen und ihre Auswirkungen</p>	<p>Demokratie im Wandel Studentenbewegung 1968 neue soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen</p> <p>Politische Systeme demokratische, totalitäre und autoritäre Systeme politische Umbrüche seit 1989</p>
<p>Europäische Integration und Identität zentrale Verträge und Institutionen Leben und Arbeiten in der EU</p> <p>Entscheidungsfindung im politischen Prozess der EU Fallbeispiele</p>	

4.2 Wirtschaft

Ökonomische Strukturen, Prozesse und ihre Ergebnisse definieren die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Entwicklungen und bilden die Voraussetzungen für politische Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik steht somit im Mittelpunkt des Themenfeldes Wirtschaft. Wie wirtschaftliche Prozesse und Probleme vor dem Hintergrund des interdependenten Verhältnisses von Wirtschaft und Politik beeinflusst werden können, ist Gegenstand marktwirtschaftlicher, mikro- und makroökonomischer Theorien.

Wirtschaftliche Entwicklungen und ihre Auswirkungen (Arbeitslosigkeit, globale und regionale Probleme) werden von den Schülerinnen und Schülern mithilfe entsprechender Analyseverfahren wissenschaftlich erarbeitet und interpretiert. Die Schülerinnen und Schüler lernen wirtschaftliche Fragestellungen mithilfe grundlegender Wirtschaftstheorien wahrzunehmen und das Handeln der wirtschaftlichen Akteure zu erklären und zu beurteilen. Sie können politische Maßnahmen und Konzepte, die auf die Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen unter den Bedingungen der Globalisierung gerichtet sind, hinsichtlich der Zieldimensionen nachhaltiger Entwicklung hinterfragen und alternative Handlungsoptionen diskutieren.

Im Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau werden Fragen der Wirksamkeit staatlicher Wirtschaftspolitik am Beispiel eines Wirtschaftsunternehmens näher untersucht und erörtert. Die Schülerinnen und Schüler bewerten exemplarisch eine ökonomische Krise und untersuchen die Handlungsmöglichkeiten eines selbst gewählten Akteurs in der globalisierten Welt.

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Wirtschaftstheorien und Wirtschaftsordnungen</p> <p>klassischer Liberalismus, Keynesianismus, Neoliberalismus</p> <p>Marktwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft</p> <p>Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft</p> <p>Stellung privater Haushalte und Unternehmen im Wirtschaftssystem</p> <p>Ordnungs-, Struktur-, Prozesspolitik des Staates</p>	<p>Fallbeispiel einer ökonomischen Krise</p> <p>staatliche Wirtschaftsförderung am Beispiel eines Unternehmens</p>
<p>Globalisierung</p> <p>Ursachen, Aspekte, weltwirtschaftliche Herausforderungen</p> <p>Handlungsmöglichkeiten und Zieldimensionen nachhaltiger Entwicklung: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, politische Stabilität, soziale Gerechtigkeit</p>	<p>Fallbeispiel: Staat oder Unternehmen oder internationale Organisation</p>

4.3 Gesellschaft

Die hohe Geschwindigkeit des sozialen Wandels und seine massiven Auswirkungen kennzeichnen derzeit das Ausmaß technologischer und sozialer Innovationen, die auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einwirken und bestehende soziale Strukturen verändern.

Im Themenfeld Gesellschaft lernen die Schülerinnen und Schüler die sich wandelnden sozialen Strukturen unserer Gesellschaft mithilfe unterschiedlicher Modelle zu beschreiben und kritisch zu reflektieren. Theorien zur Erklärung sozialer Ungleichheit sollen in diesem Zusammenhang dazu dienen, die Frage der Veränderlichkeit bzw. Unveränderlichkeit der sozialen Situation zu problematisieren. Mithilfe sozialstatistischer Daten können sie einschätzen, welche Gruppen unserer Gesellschaft in besonderem Maße vom sozialen Wandel betroffen sind (z. B. Verlust des Arbeitsplatzes) und wie sich der soziale Wandel auf das Bewusstsein – Werte und Einstellungen – und auf die soziale Lage der Menschen auswirkt.

Sozialer Wandel wirkt sich weiterhin aus auf die Frage, welche Aufgaben der Politik im Umgang mit seinen Ursachen und Auswirkungen zufallen. Die Schülerinnen und Schüler können, ausgehend von der sozialen Verantwortlichkeit des Staates, das System der sozialen Sicherung der Bundesrepublik Deutschland darstellen und beurteilen. Sie sollten einschätzen können, dass die Sozialpolitik auf unterschiedlichen Prämissen und Wertvorstellungen beruht, und die eigene Position bestimmen können.

Im Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau recherchieren die Schülerinnen und Schüler, selbstständig, wie sich sozialer Wandel in der eigenen Region vollzieht. Die Ergebnisse werden dokumentiert und im Unterricht präsentiert. Der soziale Wandel ist mithilfe von Theorien zu reflektieren, die unterschiedliche Perspektiven und Bewertungen bieten. Probleme des Sozialstaates werden mit Blick auf verschiedene Sozialstaatsmodelle diskutiert.

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
<p>Soziale Differenzierung Dimensionen sozialer Ungleichheit Theorien zur Entstehung sozialer Ungleichheit</p> <p>Modelle der Sozialstruktur Klassen und Schichten, soziale Lagen, soziale Milieus</p> <p>Aspekte des sozialen Wandels Werte, Einstellungen, Bildung und Erziehung, Arbeit und Beruf, demografische Entwicklung</p> <p>Sozialordnung und Sozialpolitik Anforderungen, Prinzipien und Elemente der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland</p>	<p>sozialer Wandel am Beispiel der eigenen Region</p> <p>Theorien des sozialen Wandels</p> <p>Sozialstaat im internationalen Vergleich</p>

4.4 Internationale Politik

Die Lösung globaler Probleme ist für viele Menschen eine sie unmittelbar betreffende Existenzfrage und Voraussetzung für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Interaktionsfeld der internationalen Politik, die sich die Lösung der globalen Probleme zum Ziel setzt, ist das internationale System. Die Schülerinnen und Schüler lernen im Unterricht zum Themenfeld Internationale Politik, bezogen auf die aktuellen und großen Herausforderungen internationaler Politik, die Interessen und Motive der Akteure im internationalen System z. B. mithilfe der Konfliktanalyse herauszuarbeiten, gegenüberzustellen und politisch zu bewerten. Sich voneinander unterscheidende Interessen und Wertesysteme der Akteure internationaler Politik werden von den Schülerinnen und Schülern im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Herausforderungen fallbezogen untersucht und beurteilt. Weiterhin sollten auch nicht militärische und militärische Lösungsansätze zur Bewältigung dieser existenziellen Fragen analysiert und diskutiert werden. Anknüpfungsmöglichkeiten bieten die Themenfelder Demokratie und Wirtschaft in besonderer Weise.

Im Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau setzen sich die Schülerinnen und Schüler vertiefend mit politischen Lösungsansätzen auseinander, die sich den Herausforderungen der internationalen Politik widmen, dies schließt die Entwicklung unterschiedlicher Szenarien ein. Die Schülerinnen und Schüler können zudem erläutern, inwiefern das Handeln internationaler Akteure unterschiedlichen und divergierenden (theoretischen) Deutungen unterliegt. Dazu ist die Auseinandersetzung mit Theorien der internationalen Politik grundlegend.

Grundlegendes und erhöhtes Anforderungsniveau	Erhöhtes Anforderungsniveau
Herausforderungen internationaler Politik Umweltbelastungen, Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenknappheit, internationaler Terrorismus	
Akteure (Interessen und Werte) internationaler Politik Staaten, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen u. a.	Theorien der internationalen Politik realistische Schule, idealistische Schule
Lösungsansätze zur Bewältigung internationaler Herausforderungen nicht militärische und militärische Möglichkeiten: z. B. UN-Charta, internationale Verträge und Sanktionsmöglichkeiten, Intervention	Szenarien für eine Welt von morgen

5 Kurshalbjahre

In der folgenden Übersicht werden die im Kapitel 4 dargestellten Themenfelder den vier Kurshalbjahren zugeordnet. Für den Kurs auf dem grundlegenden Anforderungsniveau und den Kurs auf dem erhöhten Anforderungsniveau ist diese Zuordnung identisch.

1. Kurshalbjahr: Demokratie

2. Kurshalbjahr: Wirtschaft

3. Kurshalbjahr: Gesellschaft

4. Kurshalbjahr: Internationale Politik

Das Konzept des Kerncurriculums, eine den Inhaltsbereichen der „Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik“ (EPA) entsprechende Konzentration auf Inhalte vorzunehmen, die für die angestrebte Kompetenzentwicklung geeignet sind, erfordert und ermöglicht schulinterne Schwerpunktsetzungen, die die verschiedenen Kompetenzbereiche der Politischen Bildung erfassen. Die konkrete Unterrichtsplanung erfolgt innerhalb des schulinternen Fachplans als Teil des schulinternen Curriculums. Grundsätzlich sind im schulinternen Fachplan folgende Problemfelder der EPA zu berücksichtigen:

- Sicherung, Weiterentwicklung und Gefährdung der Demokratie
- Gestaltung des sozioökonomischen und technologischen Wandels
- Sicherung und Entwicklung der materiellen Lebensgrundlagen und Zukunft der Arbeit
- Bewältigung ökologischer Herausforderungen durch Politik, Gesellschaft und Wirtschaft
- Ausgleich nationaler und internationaler Disparitäten
- Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte
- Sicherung des Friedens und Verfahren möglicher Konfliktlösung

Dabei sind die jährlichen Hinweise für die zentralen schriftlichen Abiturprüfungen (u. a. Prüfungsschwerpunkte) des für Schule zuständigen Ministeriums gemäß GOSTV zu beachten.

